



Niederschrift zur öffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.)

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.01.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, 2.Obergeschoss, Stadt Strasburg (Um.)

öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran wurde die Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 12 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

Die Stadtpräsidentin verwies auf die Tagesordnung und die rechtzeitige Übergabe der Beschlussvorlagen.

Damit bildet die Tagesordnung die Arbeitsgrundlage der Stadtvertretersitzung.

zu 2 Information und Beratung zum Haushaltsplan der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2018

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran übergab das Wort an die Kämmereiinhaltsleiterin.

Durch die Kämmereiinhaltsleiterin Frau Kerstin Koch wurde der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2018 erläutert. Durch die Anmeldungen der Verwaltung wurde der Haushaltsplanentwurf fertiggestellt.

Frau Koch musste den vorgelegten Haushaltsplan noch einmal ändern, da erhebliche Nachzahlungen z.B. in der Grundschule zu verzeichnen waren. Sobald sich eine Zahl ändert, ändert sich der ganze Haushalt.

Frau Koch berichtete, dass die Jahresabschlüsse für das Jahr 2015 und 2016 in diesem Jahr noch abgeschlossen werden sollen. Weiterhin ist derzeit die Rechnungsprüfung im Rathaus. Es findet eine Tiefenprüfung der Jahre 2012 bis 2017 statt.

Gegen die Altfehlbetragsumlage wurde fristgerecht Widerspruch eingelegt.

Durch die Bauamtsleiterin Frau Anke Heinrichs wurde vorgetragen, dass die Heizung in der Grundschule in den Winterferien repariert wird, da ein Rohrbruch zu beheben ist. Die Heizung war jedoch immer funktionstüchtig, so dass es keine Einschränkungen im Schulbetrieb gab. Eine neue Heizung ist für das Jahr 2019 eingeplant.

Der sachkundige Einwohner Herr Heinz Kroh kommt um 17:50 Uhr dazu. Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel kommt um 17:55 Uhr dazu. Es sind somit 13 Stadtvertreter anwesend.

Durch die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch wurde die Übersicht erläutert:

Übersicht über die Entwicklung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen des Jahres 2018

11401 – 12201	Rathaus	
12600	Feuerwehr	
21100	Grundschule	
21500	Regionale Schule	
27200	Bibliothek	(Regale SED-Archiv)
28100	Heimat und Kultur	
54100	Diverse Grundstücksankäufe	
54101	Umrüstung Straßenbeleuchtung	
57301	Multifunktionsgebäude	

Durch die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel wurde dargelegt, dass unsere Schulen wichtiger sind als eine neue Zähleranschlusssäule.

Die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch teilte mit, dass sie ab den 15.02.2018 bis Ende März in der Verwaltung ausfallen wird.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl bemängelte, dass der Stellenplan nicht mit dem Haushaltsplanentwurf übergeben wurde.

Frau Koch teilte mit, dass der Stellenplan mit dem Protokoll allen Stadtvertretern übergeben wird.

Weiterhin fragt Frau Wasserstrahl nach, warum ein Stellenzuwachs ausgewiesen ist.

Die Hauptamtsleiterin Frau Andrea Schilling erklärte, dass wir zwei langzeitkranke Mitarbeiterinnen haben. Diese Arbeitskräfte mussten ersetzt werden. Aufgrund dessen kam es zu einem Stellenzuwachs.

In den Personalkosten ist eine Tarifierhöhung von 3 % berücksichtigt worden.

Der Stadtvertreter Herr Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, beauftragte die Verwaltung bis zur nächsten Stadtvertreterversammlung eine Übersicht zu erstellen, aus der ersichtlich wird, welche Flächen die Stadt verpachtet/gepachtet/vermietet oder gemietet hat.

Weiterhin wurde von Herrn Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, dargelegt, dass über die freiwilligen Leistungen sowie Investitionen beraten werden muss.

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass nicht der Werdegang zur Beratung des Haushaltes, wie versprochen, eingehalten wurde. Die Zeitspanne die die Verwaltung nun vorgegeben hat, ist zu knapp.

Bevor der Haushaltsplan für das Jahr 2018 nicht beschlossen ist, ist die Verwaltung nicht arbeitsfähig. Ohne den Beschluss des Haushaltsplanes dürfen keine Investitionen bzw. Baumaßnahmen beauftragt werden.

Es wurde beraten, eine außerordentliche Stadtvertretung einzuberufen, um den Haushalt mit seinen Anlagen zu beschließen.

zu 3

Ausbau der Langen Straße in Strasburg (Um.)
Abschnitt Fritz-Reuter-Straße bis Letzte Straße
Vorlage: 0134-Bau-2017

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran bemerkte, dass die Beschlussvorlage bereits auf der letzten Stadtvertretersitzung im Dezember 2017 ausgiebig diskutiert wurde.

Dieser Straßenabschnitt befindet sich noch in einem unsanierten Zustand. Daher wäre es sinnvoll, in einer Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Zweckverband die Straße mit auszubauen.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., bemerkte, dass alles getan werden sollte, um die Beiträge für die Anlieger möglichst gering zu halten.

Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, fragte nach, ob die Bewohner der Neubauten in der Fritz-Reuter-Straße mit herangezogen werden oder nicht.

Der Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH Strasburg, Herr Lutz Zimmermann erklärte, dass die Mieter nicht dafür zahlen müssen.

Die Bau- und Ordnungsamtsleiterin Frau Anke Heinrichs erklärte, dass 50 % der Kosten auf die Anlieger umgelegt werden, da es eine Anliegerstraße ist, ähnlich wie in der Birkensiedlung. Wer Grundstückseigentümer ist und an der Straße anliegt, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite, wird herangezogen. Auf der einen Seite ist zum größten Teil die Wohnungsbaugesellschaft Anlieger. Auch die Wohnungsbaugesellschaft wird mit Straßenausbaubeiträgen belastet, wie die Anlieger auf der gegenüberliegenden Seite. Bei den städtischen Grundstücken bleibt der Anteil bei uns.

Herr Christian Vorreyer fragte nach wie viel Anlieger betroffen sind. Das wird bis zur nächsten Stadtvertretersitzung geklärt.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, verwies auf das Protokoll der Stadtvertretung Strasburg (Um.) vom 07.12.2017. Dort sind Fragen von den einzelnen Stadtvertretern zu finden, die nicht beantwortet wurden.

Durch Herrn Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, wurde angemerkt, ob die Flurstücksgrenzen und Größen stimmen. Die Anlieger müssen dann auch noch die Vermessungskosten tragen.

Der Stadtvertreter Herr André Heise, fraktionslos, verwies auf die Straßenausbausatzung der Stadt Strasburg (Um.). In Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg werden keine Straßenausbaubeträge erhoben. Weiterhin muss die GKU den Originalzustand der Straße wiederherstellen.

Frau Heinrichs erklärte, dass das Kommunalabgabengesetz M-V dies vorsieht. Wir können nicht gegen ein Gesetz handeln. Die GKU muss die Straße wiederherstellen, aber der Zustand der Straße wird dadurch nicht besser.

Der Stadtvertreter Herr Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, stellte den Antrag, die Vorlage zurückzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anfragen aus dem Protokoll der letzten Stadtvertretersitzung vom 07.12.2017 zu beantworten.

Abstimmungsergebnis des Antrages:

Dafür stimmten:	11
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	2

Vorlage zurückgestellt

zu 4

Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Übertragung von Teilaufgaben der Kfz-Zulassungsbehörde **Vorlage: 0085-Hau-2018**

Um die Verwaltung bürgernäher zu gestalten, insbesondere den Bürgern und Unternehmen im ländlichen Raum den Zugang zu öffentlichen Leistungen zu erleichtern und zu verbessern, besteht die Möglichkeit, bestimmte Aufgaben der Kfz-Zulassungsbehörde (Adressänderung, Außerbetriebsetzung) im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages an die Städte und Ämter zu übertragen.

Mit Schreiben vom 13.11.2017 übersandte der Landkreis Vorpommern-Greifswald der Stadt Strasburg (Um.) ein Vertragsangebot zur Übertragung dieser Aufgaben auf die Stadt.

Durch Herrn Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, wurde nachgefragt, was eine Mitarbeiterstunde für die Verwaltung kostet, um die Rentabilität des Projektes auszurechnen.

Dazu kann keine Auskunft gegeben werden, da mehrere Mitarbeiter damit beschäftigt sind. (Auftragsbearbeitung, Rechnungslegung, Buchung)

Weiterhin fragte Herr Vorreyer nach, ob die Mehrarbeit von der Verwaltung zu leisten ist.

Frau Schilling erklärte, dass ca. 1 Stunde Mehrarbeit pro Monat anfällt. Der Arbeitsaufwand umfasst 5 – 10 Minuten pro Fall. Die Aufgaben werden von der Meldebehörde übernommen. Es ist im Interesse unserer Bürger.

Durch Herrn Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, wurde angemerkt, dass die Forderung Bürgernähe herzustellen, die Kreistagsmitglieder veranlasst haben. Es ist nur eine Aufgabe, die der Stadt übertragen wird, es sollen noch weitere Aufgaben aus dem Kreis auf die Stadt übertragen werden.

Frau Schilling bemerkte, dass wir schon andere Aufgaben vom Landkreis übernommen haben, wie z.B. die Kitaförderung.

Herr Schröder, Fraktion WGS, begrüßte die Bürgernähe, dennoch muss es auch von der Verwaltung geleistet werden können.

Frau Schilling erklärte weiterhin, dass die Kosten für die Bereitstellung der notwendigen Software, der Schnittstellen und die jährlichen Software-Pflegekosten durch den Landkreis getragen werden.

Sollten wir in der Verwaltung Personalnot haben, müssten die Bürger nach Pasewalk fahren.

Durch Frau Schilling wurde dargelegt, dass die Verwaltung zum Teil am Limit ihrer Aufgaben ist, aber sie es für die Bürger begrüßen würde. Es wird eine Möglichkeit für den Bürger geschaffen, diese Angelegenheit vor Ort zu erledigen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	4

zu 5 Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen

Der Stadtvertreter Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, hätte sich gewünscht, dass die 1. Stadträtin den Platz der Bürgermeisterin eingenommen hätte und als direkten Ansprechpartner für die Stadtvertretung zur Verfügung gestanden hätte.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Beitritt der Stadt Strasburg (Um.) in die FEG. Sie bittet darum, dass das auf der nächsten Stadtvertretersitzung vorgelegt wird.

Weiterhin wurde nachgefragt, wann der Termin mit dem Vertreter der Deutschen Bahn im Bau- und Planungsausschuss nachgeholt wird.

Die Bauamtsleiterin Frau Anke Heinrichs teilte mit, dass am 19.04.2018 der nächste Bau- und Planungsausschuss stattfindet. Zu diesem Termin wird ein Vertreter der Bahn anwesend sein.

Weiterhin bemängelte Frau Marina Raulin, dass die Protokolle nicht fristgerecht den Stadtvertretern übergeben werden. Sie bittet die Verwaltung, sich zukünftig an die Frist von 14 Tagen zu halten. Die zuständige Mitarbeiterin sollte die Zeit bekommen, um das Protokoll zu schreiben, so dass das Protokoll fristgerecht den Stadtvertretern zugeht.

Durch Herr Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, wurde vorgeschlagen, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales zukünftig über das neue Gebäude des AWO-Hortes diskutieren sollte. Er verwies auf den Zeitungsartikel im Nordkurier vom 30.01.2018.

Weitere Wortmeldungen gab es im öffentlichen Teil nicht.

Die nächste öffentliche/nichtöffentliche Stadtvertretersitzung findet am 15. März 2018 um 17:00 Uhr im Rathaus statt.

Vorschläge, Hinweise und Änderungen können innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt beim Verfasser geltend gemacht werden.

Strasburg (Um.), den 07.02.2018



Andrea Reinckene Nyegran
Stadtpräsidentin